



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VII/2020/00833

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 12 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 197 „Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 1,5 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgenden Ergänzungen:**
 - b) Berücksichtigung der Radverkehrsverbindung zwischen Altstadt (Marktplatz) und Hauptbahnhof über die Martinstraße,**
 - c) weitest gehender Erhalt von Großbäumen und deren Integration in die Planungen,**
 - d) Berücksichtigung des absehbaren Bevölkerungszuwachses durch die Errichtung von neuen Wohnungen im Hinblick auf die Versorgung mit einer Grundschule.**
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.
5. Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 197 „Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan“ wird das Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 42 „Charlottenstraße Bundesbank“ eingestellt. Die im Rahmen dieses Verfahrens bereits gefassten Beschlüsse werden aufgehoben.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

- zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan – Aufstellungsbeschluss" (VII/2020/00833)
Vorlage: VII/2020/01298**
-

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

- 1a) mehrheitlich abgelehnt
- 1b) mehrheitlich zugestimmt
- 1c) mehrheitlich zugestimmt
- 1d) mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgenden Ergänzungen:**
 - a) **Erhalt des Gebäudes Töpferplan Nr. 3,**
 - b) **Berücksichtigung der Radverkehrsverbindung zwischen Altstadt (Marktplatz) und Hauptbahnhof über die Martinstraße,**
 - c) **weitest gehender Erhalt von Großbäumen und deren Integration in die Planungen,**
 - d) **Berücksichtigung des absehbaren Bevölkerungszuwachses durch die Errichtung von neuen Wohnungen im Hinblick auf die Versorgung mit einer Grundschule.**

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.1.2 **Änderungsantrag des Sachkundigen Einwohners Manfred Sommer (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 197 Charlottenstraße/ Gottesackerstraße/ Töpferplan – Aufstellungsbeschluss“ (VII/2020/00833)
Vorlage: VII/2020/01372**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Beschlusspunkt 3 wird geändert und erhält folgende Fassung:

Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele **mit folgender Ergänzung: Der Erhalt der folgenden Bestandsbäume (vgl. Anlage) und deren Integration in die Planung wird im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans geprüft:**

- a) **standortprägende Kastanie (Flur 6, Flurstück 2384/117)**
- b) **Ahorn (Flur 14/ Flurstück 4216/1)**
- c) **Ahorn (Flur 14/ Flurstück 4025/1)**

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 4.2 Bebauungsplan Nr. 32.5 Heide-Süd, 2. Änderung -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2020/01007**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 32.5 - Heide-Süd, 1. Änderung (Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle vom 03.05.2005) zu ändern (2. Änderung).
2. Der Geltungsbereich der 2. Änderung umfasst die in der Anlage Nr. 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich der 2. Änderung umfasst eine Fläche von ca. 2.2 ha.
3. Der in der beigefügten zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannte Änderungsumfang wird vom Stadtrat gebilligt.
4. Die 2. Änderung soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 4.3 Baubeschluss Taubenbrunnen Neustadt
Vorlage: VII/2020/00842**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, bei der Sanierung des Taubenbrunnens in Neustadt auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Taubenbrunnens in Neustadt.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.4 **Baubeschluss Stadtpark 5. BA**
 Vorlage: VII/2020/00867

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderung**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, bei der Umsetzung des 5. BA im Stadtpark auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des 5. BA im Stadtpark. **Die zwei zu fällenden Bäume sind durch insgesamt vier Hochstämme an geeigneten Orten zu ersetzen.**

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Baubeschluss Stadtpark 5. BA" (VII/2020/00867)
Vorlage: VII/2020/01375

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlusspunkt 2 wird geändert und erhält folgende Fassung:

2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des 5. BA im Stadtpark. **Die zwei zu fällenden Bäume sind durch insgesamt vier Hochstämme an geeigneten Orten zu ersetzen.**

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.5 **Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke**
Vorlage: VII/2019/00754

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke“ (Anlage).

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.5.1 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage VII/2019/00754 „Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke“
Vorlage: VII/2020/01338**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke“ (Anlage) **mit folgendem Zusatz:**

§ 6

Existieren für die betroffenen Einrichtungen Räte, Beiräte oder sonstige Interessenvertretungen, so ist jedem bzw. jeder einzelnen die Möglichkeit zur Einreichung eines konkurrierenden Vorschlages zur Namensvergabe zu eröffnen. Diese sind dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben und dort einzeln abzustimmen.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 4.5.2 **Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten zur Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke (VII/2019/00754)**
Vorlage: VII/2020/01341

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die „Verfahrensweise der Stadt Halle (Saale) bzgl. der Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke“ (Anlage) **mit folgenden Änderungen:**

§ 2

Erfolgt die Benennung mit einem Personennamen, ist besonderes Augenmerk auf die Integrität der jeweiligen Persönlichkeit aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport oder Gesellschaft in Anerkennung ihrer Verdienste für die Allgemeinheit zu richten. Zur Feststellung der Integrität erstellt die Stadtverwaltung eine Stellungnahme. **Weibliche Persönlichkeiten sollen gleichrangig zu männlichen berücksichtigt werden.**

Zur Unterstützung der Namensfindung führt die Stadtverwaltung eine Vorschlagsliste von Personennamen, auf die zurückgegriffen werden kann. Die dort aufgeführten Namen wurden überprüft und eine fachliche Stellungnahme erstellt. Die Reihenfolge entspricht keiner Prioritätenfestlegung und es kann kein Anspruch auf Umsetzung abgeleitet werden.

§ 3

Die Umbenennung einer Straße, eines Weges/Platzes, einer bereits vorhandenen Einrichtung oder eines Bauwerkes sollte nur dann erfolgen, **wenn ein politisch nicht tragbarer Name vorliegt oder** die Umbenennung von einem großen Allgemeininteresse ist. Namen im öffentlichen Raum können zum Teil auch Stadthistorie oder Architekturgeschichte widerspiegeln. Eine Umbenennung ist daher nicht automatisch dann vorzunehmen, wenn der ursprüngliche örtliche Bezug für die Namensgebung weggefallen ist.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

- zu 5.1 Antrag der Stadträte Gernot Nette und Johannes Menke zur Ausweisung von Kurzzeitparkplätzen für den Wirtschaftsverkehr in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VII/2020/00940**
-

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

- 1.) Die Stadtverwaltung wird beauftragt in ausreichender Zahl, dem Bedarf entsprechende Kurzzeitparkplätze (Höchstparkdauer eine Stunde) für den Wirtschaftsverkehr in ~~der halleschen Altstadt~~, der nördlichen Innenstadt und der südlichen Innenstadt zu schaffen.
- 2.) Mit den Verbänden der Pflegedienstleister, der Handwerkskammer und des Transportgewerbes, hat sie den Bedarf für eine ausreichende Anzahl und hinreichende Dichte dieses speziellen Parkraumangebots zu ermitteln.
- 3.) Der Beschluss ist bis zum 31.12.2021 umzusetzen

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

15.06.2020

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 5.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe sowie weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche
Vorlage: VII/2020/01262**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

- 1. mehrheitlich zugestimmt**
- 2. mehrheitlich abgelehnt**
- 3. mit Patt abgelehnt**
- 4. mehrheitlich zugestimmt**
- 5. mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Bei der Beantragung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO prüft die Stadt Halle über die bestehenden Möglichkeiten hinaus die Einführung von Parkerleichterungen für Handwerksbetriebe im Stadtgebiet.

Dabei ist insbesondere zu prüfen:

1. Einführung von fälschungssicheren Parkerlaubnis-Couponheften und digitalen Alternativen;
2. Erlaubnis zum Parken im eingeschränkten Haltverbot, auf Parkplätzen (sowohl gebührenpflichtig als auch mit Parkscheibe) und auf Anwohnerparkplätzen (tagsüber);
3. Weiterentwicklung vergleichbarer Regelungen der Städte Leipzig und Chemnitz (Anlage);
4. Auswirkung der Maßnahme zum Bürokratieabbau und Stärkung der regionalen Wirtschaft, insbesondere auch hinsichtlich der Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf Unternehmen;
5. Ausweitung auf weitere Gewerbetreibende und Dienste aus der Gesundheitsbranche.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 5.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Sondierung von City Tree Standorten
Vorlage: VII/2020/01070**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, an welchen Standorten die Aufstellung von sogenannten City Trees im Stadtgebiet möglich und sinnvoll ist. Sollte es solche Standorte geben, so sind im Prüfergebnis mindestens drei potentielle Standorte zu benennen.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat bis Oktober 2020 vorzulegen.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 5.4 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung von Baubeschlüssen um ökologische Ausgleichsbilanzen**
Vorlage: VII/2020/00922

Abstimmungsergebnis: **zugestimmt mit Änderung**

Beschlussempfehlung:

1. Die Vorlagen zu **allen eingriffsrelevanten Vorhaben (z.B. Baubeschlüsse, B-Pläne, F-Planänderungen)** Baubeschlüssen ~~in den Bereichen Hoch-, Tief-, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau~~, die dem Stadtrat **und den Ausschüssen** zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden, enthalten zukünftig die zum Vorhaben gehörige Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung **sowie alle für die Genehmigung relevanten, vorliegenden umweltfachlichen Unterlagen (z.B. landschaftspflegerische Begleitpläne, artenschutzrechtliche Fachbeiträge, Umweltbericht/UVP-Bericht, Unterlagen zur UVP-Vorprüfung in Text und Plänen)**, um die fachgerechte Anwendung der Eingriffsregelung und des Artenschutzes nachvollziehbar und transparent zu gestalten.
2. Die Bilanz wird in der Regel nach dem „Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt – Richtlinie über die Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Land Sachsen –Anhalt“ erstellt. Abweichungen davon sind zu begründen.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 5.4.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung von Baubeschlüssen um ökologische Ausgleichsbilanzen – Vorlagen-Nummer: VII/2020/00922 Vorlage: VII/2020/01296**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Vorlagen zu **allen eingriffsrelevanten Vorhaben (z.B. Baubeschlüsse, B-Pläne, F-Planänderungen)** ~~Baubeschlüssen in den Bereichen Hoch-, Tief-, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau,~~ die dem Stadtrat **und den Ausschüssen** zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden, enthalten zukünftig die zum Vorhaben gehörige Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung **sowie alle für die Genehmigung relevanten, vorliegenden umweltfachlichen Unterlagen (z.B. landschaftspflegerische Begleitpläne, artenschutzrechtliche Fachbeiträge, Umweltbericht/UVP-Bericht, Unterlagen zur UVP-Vorprüfung in Text und Plänen),** um die fachgerechte Anwendung der Eingriffsregelung und des Artenschutzes nachvollziehbar und transparent zu gestalten.
2. Die Bilanz wird in der Regel nach dem „Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt – Richtlinie über die Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Land Sachsen –Anhalt“ erstellt. Abweichungen davon sind zu begründen.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 5.4.2 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ergänzung von Baubeschlüssen um ökologische Ausgleichsbilanzen (VII/2020/00922)
Vorlage: VII/2020/01370

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Vorlagen zu ~~Baubeschlüssen~~ **Variantenbeschlüssen** in den Bereichen Hoch-, Tief-, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, die dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden, enthalten zukünftig die zum Vorhaben gehörige Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung. **Sollte auf den Variantenbeschluss per Stadtratsbeschluss verzichtet werden, sind die o. g. Unterlagen der Vorlage zum Baubeschluss beizufügen.**

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussfassung über die Wohnbauflächenkonzeption der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01074**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat die Wohnbauflächenkonzeption zur Beratung und Beschlussfassung vor.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 5.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Installation von Trinkbrunnen im Rahmen von geplanten Sanierungen an Brunnenanlagen
Vorlage: VII/2020/01078**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erstellung der Planungen für vorgesehene Sanierungen an den Brunnenanlagen Joliot-Curie-Platz, Melanchthonplatz, Silberhöhe – Wasserspiel „Früchte des Meeres“, Frauenbrunnen, Pinguinbrunnen und August-Bebel-Platz Lösungen für die Errichtung von Trinkbrunnen zu realisieren.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 5.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Ausbau der Park&Ride-Kapazitäten
Vorlage: VII/2020/01052**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt zu prüfen, inwiefern die vorhandenen Park&Ride-Möglichkeiten ausreichend sind. Falls nicht sollen ein Plan zur Erweiterung vorhandener Kapazitäten (gegebenenfalls auch das Ausweisen neuer Standorte) sowie eine Zeitschiene für die Umsetzung konzipiert werden.
2. Die Stadtverwaltung wird zudem beauftragt zu prüfen, inwiefern ein Teil des geplanten Parkhauses am Riebeckplatz (Nordostquadrant) als weiterer Park&Ride-Standort im neuen Mobilitätskonzept genutzt werden kann. In die Prüfung soll einbezogen werden, welche Möglichkeiten es gibt, das Ticket für die Nutzung des Parkhauses gleichzeitig auch als ÖPNV-Ticket für die Tarifzone 210 nutzbar zu machen.
3. Die Prüfergebnisse sollen dem Stadtrat zur Information im Oktober 2020 vorgelegt

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

**zu 5.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für den neuen Verwaltungsstandort Scheibe A in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2020/01053**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für ~~den neuen Verwaltungsstandort~~ **das Zentrum** in Halle-Neustadt „Scheibe A“ ein umfassendes Mobilitätskonzept zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll sein, die Nutzung des Motorisierten Individualverkehrs auf dem Weg zur und von der Arbeit und im Dienst sowie die Neuerrichtung von PKW-Stellplätzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren und vielmehr Anreize dafür zu setzen, für Arbeits- und Dienstwege den Öffentlichen Personennahverkehr und/oder das Fahrrad zu nutzen.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin



A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 09.06.2020:

zu 5.9 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung sozialer Segregation**
 Vorlage: VII/2020/01055

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

1. mehrheitlich zugestimmt
2. mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Stadtrates im September 2020 darzustellen, wo und wie sich in den letzten 10 Jahren in Halle (Saale) Segregationstendenzen zwischen verschiedenen Stadt- und Bevölkerungsteilen zeigen und anhand welcher konkreten Kriterien und auf welcher Datenbasis diese ermittelt wurden.
2. Zudem wird die Stadtverwaltung beauftragt, wohnungspolitische Maßnahmen zu entwickeln und ~~zu ergreifen~~ **dem Stadtrat vorzulegen**, um den Segregationstendenzen wirkungsvoll zu begegnen. Insbesondere sind die zur Verfügung stehenden Instrumente des BauGB hinsichtlich Eignung und Praktikabilität zu bewerten, z. B. § 9 Nr. 8 Festsetzungsmöglichkeit zu gefördertem sozialen Wohnungsbau oder § 171 e Maßnahmen zur sozialen Stadt.

F.d.R.

Flint
stellvertretende Protokollführerin